

Ein weiteres verlorenes Jahr unter Rot-Rot

Das Jahr 2005 neigt sich dem Ende zu. Zeit, um innehalten, um die schönen und traurigen Momente noch einmal vorbeiziehen zu lassen. Mit Erschütterung haben wir die Flutkatastrophe in Asien, die Terroranschläge in London oder die Überschwemmungen in New Orleans aufgenommen. Menschen in aller Welt nahmen bewegt Abschied von Papst Johannes Paul II. und jubelten erstmals seit 500 Jahren wieder die Wahl

lungssenatorin Junge-Reyer überraschte die Stadt mit dem unsäglichen Entwurf eines Straßenausbaubeitragsgesetzes, Justizsenatorin Schubert bewies bei mehreren Ausbrüchen von Schwerverbrechern, dass sie ihren Laden nicht im Griff hat, und Innensenator Körting spielt durch seinen Raubbau bei der finanziell und personell ausgebluteten Berliner Polizei mit der Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner. Vor allem aber die fantasielose



Henkel redet Klartext

eines Deutschen zum neuen Pontifex. Aus der Bundestagswahl 2005 ging die CDU als Wahlsieger hervor, und wir wurden Zeuge, wie der Deutsche Bundestag Angela Merkel zur ersten Bundeskanzlerin in der Geschichte unseres Landes wählte. Für die Hauptstadt war 2005 vor allem ein verlorenes Jahr. Der rot-rote Senat setzte seinen Abwärtskurs für Berlin unbeirrt fort. Im Frühjahr wurde gegen den erbitterten Widerstand der Kirchen und eines großen Teiles der Berliner Bevölkerung die Chance vergeben, unseren Kindern durch einen verbindlichen Religionsunterricht Werte und Prinzipien zu vermitteln. Ein gutes Stichwort, denn eine der wenigen Prinzipien, auf denen dieser Senat fußt, ist die Geschichtsvergessenheit. Anders lässt sich der barbarische Akt der Schleifung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie nicht erklären, der die Stadt während des Sommers in Atem hielt. Die Liste ließe sich beliebig fortführen. Stadtentwick-

Streichpolitik auf dem Rücken der Schwächsten, z.B. bei der Jugendhilfe, und der massive Arbeitsplatzabbau ziehen sich wie ein rot-roter Faden durch die Stadt. Nicht erst seit den jüngsten Hiobsbotschaften bei Samsung und CNH oder der Debatte um eine Verlagerung der Konzernspitze

der Deutschen Bahn nach Hamburg wird hier das Versagen von Rot-Rot am deutlichsten. Für dieses Versagen stehen vor allem die Namen Wowereit und Wolf, welche nur durch teilnahmsloses Schweigen auffielen. Was haben wir in diesem Jahr überhaupt vom Regierenden Bürgermeister gehört, abgesehen von Zeitungsberichten über Golf- und Skiurlaube sowie einem Grußwort für ein Sodomaso-Festival? Ohne Zweifel fällt die rot-rote Bilanz desaströs aus. Schon deshalb bin ich mir sicher, dass das aktuelle Kräfteverhältnis nur eine Momentaufnahme ist. Es wird unsere Aufgabe sein, mit Kraft und leidenschaftlichem Einsatz diesen unfähigen Senat abzulösen. Mit großer Zuversicht schauen wir daher auf den 17. September des nächsten Jahres, wohlwissend, dass ein langer und harter Weg vor uns liegt. Bleibt mir am Ende dieses Jahres, Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr 2006 zu wünschen.

Kanzlerin: „Mehr Freiheit wagen“

Mit großer Mehrheit wurde Angela Merkel zur ersten Bundeskanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gewählt und wird damit die Gesetze unseres Landes in die Hand nehmen. Acht Tage nach ihrer Vereidigung vermittelte Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung den Menschen Mut und Zuversicht. Die neue Regierung soll nach ihrem Willen eine „Koalition der neuen Möglichkeiten“ sein.

In ihrer Rede warb Bundeskanzlerin Merkel für eine „Reformpolitik der kleinen Schritte“ und versicherte dabei, dass Deutschland gute Voraussetzungen für eine Aufholjagd habe. Deutschland solle in zehn Jahren wieder zu den „ersten Drei in Europa“ gehören. Dazu gehöre eine „Regierung der Taten“, und diese Regierung hat sich viele Taten vorgenommen“, betonte die Kanzlerin. „Lasst uns mehr Freiheit wagen. Lassen Sie uns die Wachstumsbremsen lösen! Lassen Sie uns selbst befreien von Bürokratie

und altbackenen Verordnungen“. Merkel weiter: „Überraschen wir uns also damit, was möglich ist.“ Die wesentlichen Bestandteile der Politik der Großen Koalition seien die Fö-

in Europa verstärkt in der Funktion des Ausgleichens und des Vermittelns sehen.

Von den Medien wurde Merkels Regierungserklärung äußerst wohlwol-



Angela Merkel wird vom Bundestagspräsidenten Lammert vereidigt.

deralismusreform, weitere Arbeitsmarktreformen und verstärkte Anstrengungen in der Bildungspolitik. Außerdem müsse man die Verschuldung in den Griff bekommen und das Gesundheits- und Rentensystem sanieren. In der Außenpolitik setzte die Kanzlerin ebenfalls erste Akzente. Zukünftig müsse Deutschland seine Rolle

lend aufgenommen. So schrieb die BILD-Zeitung: „Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrer ersten Regierungserklärung geschafft, was Gerhard Schröder bei gleichem Anlass 1998 versäumte: Sie hat klar die Ziele ihrer Regierung benannt. Merkels Verheißung für die Bürger lautet: Ich führe Deutschland zurück an die Spitze!“

Wowereits Bahn-Desaster

Fortsetzung von Seite 1

...einen angemessenen Platz für die Konzernzentrale der Bahn nach Auslaufen der Mietverträge am Potsdamer Platz zu finden.“ Der CDU-Landesvorsitzende forderte Wowereit auf, sich persönlicher Eitelkeiten im Umgang mit den Spitzen der Wirtschaft zu enthalten und zukünftig stattdessen „professioneller und landesväterlicher mit der Wirtschaft umzugehen wie es anscheinend das CDU-Stadtoberhaupt in Hamburg, Ole von Beust, kann“, damit die Unternehmer nicht nur alles Interesse hätten in der Stadt zu bleiben, sondern vor allem auch Neuansiedlungen ermöglicht würden. Der dramatische Arbeitsplatzab-

bau, wie bei Samsung, JVC oder CNH, sollte Warnsignal genug sein, so Schmitt. An die Adresse des Chefs der Deutschen Bahn, Hartmut Mehdorn, gerichtet, ergänzte Schmitt: „Das ständige Erhöhen der Fahrpreise bei der Bahn würde mit einem sol-

von Frankfurt am Main nach Berlin und nunmehr vielleicht nach Hamburg. Hier geht es erneut um Millionenbeträge, die letztlich durch Fahrpreiserhöhungen auf die Bürger abgewälzt würden.“ Die Bundes-CDU bekräftigte, die Entscheidung über den Konzernsitz liege beim Eigentümer der Bahn, also der Bundesregierung. Der Vizevorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Hans-Peter Friedrich, sagte, der Manager Herr Mehdorn, der zu Recht eine Nicht-einmischung der Politik in betriebs-



Ingo Schmitt tritt für Berlin ein (BILD, 6.12.)

wirtschaftliche Entscheidungen der Bahn fordere, solle sich aber umgekehrt nicht in politische Entscheidungen einmischen.